



AIDS-Hilfe NRW protestiert gegen antischwule Gewalt in Polen

Entsetzen über Mordanschlag auf polnischen Bürgerrechtsaktivisten Bundesaußenminister Steinmeier soll in Warschau auf die Einhaltung von Menschenrechten einwirken

Köln, 24.05.2006 – Die AIDS-Hilfe NRW reagiert mit Entsetzen auf den Mordanschlag an einem 30jährigen Bürgerrechtler am 16. Mai in Warschau. Der bekannte Pazifist und Unterstützer der schwul-lesbischen Emanzipation war im Zentrum der polnischen Hauptstadt beschimpft, mit Tränengas verletzt und anschließend niedergestochen worden. Nach Aussage der Ärzte entging er dem Tod nur knapp und sei inzwischen außer Lebensgefahr. Die Täter werden in rechtsextremen Kreisen vermutet.

In einem Schreiben an Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier fordert die AIDS-Hilfe NRW die Bundesregierung auf, die Regierung in Warschau auf die Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte zu drängen und an ihre Verpflichtungen zu erinnern, die sie als Mitglied der Europäischen Union eingegangen seien. Die AIDS-Hilfe NRW unterstützt den Aufbau von AIDS-Selbsthilfestrukturen in Polen und unterhält enge Verbindungen zu engagierten Bürgerrechtlern in Krakau und anderen Städten.

Ein rechtsextremes Internetportal veröffentlicht seit einigen Monaten ungestraft Namen, Adressen und Personenbeschreibungen von Aktivisten der schwul-lesbischen Szene und anderer pazifistisch oder ökologisch Engagierten und diffamiert sie als Vaterlandsverräter. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft ignorierten bislang sämtliche Anzeigen der Betroffenen.

„Die AIDS-Hilfe NRW sorgt sich konkret um ihre Freundinnen und Freunde in Krakau und nimmt die Gewaltandrohungen sehr ernst“, sagte Reinhard Klenke, stellvertretender Geschäftsführer der AIDS-Hilfe NRW. Anlässlich des Marschs für Toleranz am 28. April in Krakau sei ein Delegationsmitglied aus Köln nur knapp einem Steinanschlag entgangen. „Wir fordern die polnischen Behörden auf, diese und alle weiteren Delikte zu ahnden, und die drohende Gewalt gegen Lesben und Schwule zu verhindern“, erklärte Klenke. Außerdem sei es nicht hinnehmbar, dass sich die Regierungspartei LPR (Liga der polnischen Familie) mit ihrem Vorsitzenden, dem amtierenden Bildungsminister Roman Giertych, an diesen homophoben Hasstiraden beteilige.

P
r
e
s
s
e
i
n
f
o

AIDS-Hilfe NRW e.V.

Guido Schlimbach | Pressesprecher

Lindenstraße 20 | 50674 Köln

Fon 0221-925996-17 **Fax** 0221-925996-9

guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de | www.nrw.aidshilfe.de